

# Albanien: Korruption in Politik, Verwaltung, Justiz und Polizei

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 3. September 2019

Diese Recherche basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

## **Impressum**

Herausgeberin  
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@fluechtlingshilfe.ch](mailto:info@fluechtlingshilfe.ch)  
Internet: [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)  
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen  
Deutsch

## **COPYRIGHT**

© 2019 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

# 1 Fragestellung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. In welchem Ausmass wurden die Forderungen der ehemaligen politischen Gefangenen, die 2012 am Hungerstreik teilnahmen, inzwischen erfüllt? Dies betrifft insbesondere die Entschädigung aller ehemaligen politischen Gefangenen.
2. Welche Informationen gibt es zu Justiz und Polizei in Albanien?
3. Welche Informationen gibt es über Korruption in Albanien?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

## 2 Entschädigung für ehemalige politische Gefangene

**Fortschritte bei den Entschädigungszahlungen.** Gemäss USDOS (13. März 2019) ersuchten ehemalige politische Gefangene, die unter dem kommunistischen Regime aus politischen Gründen inhaftiert waren, weiterhin um Entschädigung. Die Regierung habe im Laufe des Jahres 2018 gewisse Fortschritte mit der Zahlung von Entschädigung gemacht. Laut USDOS (20. April 2018) hatte die Regierung im Juni 2017 die achte und letzte Rate der Entschädigungszahlungen an die noch lebenden ehemaligen politischen Gefangenen ausgezahlt. Die Regierung stimmte ausserdem zu, weitere 320 ehemalige politische Gefangene zu entschädigen, die ihre Anträge auf Entschädigung nicht rechtzeitig eingereicht hatten.

## 3 Korruption in der öffentlichen Verwaltung

**Allgegenwärtige Korruption in allen Teilen der Regierung und in der öffentlichen Verwaltung, Straflosigkeit bleibt ein Problem.** USDOS (13. März 2019) berichtet von allgegenwärtiger Korruption in allen Teilen der Regierung. Straflosigkeit bleibe ein Problem. Korruptes Verhalten von Behördenvertreter\_innen würde nur sporadisch und inkonsistent strafverfolgt, und es gebe nur selten Verurteilungen in diesem Bereich. Behördenvertreter\_innen, Politiker\_innen, Richter\_innen und Personen mit mächtigen Geschäftsinteressen schafften es häufig, einer Strafverfolgung zu entgehen. Im Januar 2019 äusserte *Bernd Borchardt*, Direktor des Büros der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Albanien, seine Sorge darüber, dass die Korruption im Land gemäss dem *Corruption Perceptions Index* der Organisation *Transparency International* seit 2017 wieder zugenommen hat (OSZE, 31. Januar 2019).

**Korruption und Ineffizienz der Polizei.** Korruption bei der Polizei bleibt laut USDOS (13. März 2019) ebenfalls ein Problem. Die Polizei setze das Gesetz nicht immer fair durch. Persönliche Verbindungen, politische oder kriminelle Beziehungen, mangelhafte Infrastruktur,

Mangel an Ausrüstung und unangemessene Dienstaufsicht beeinflussten oft die Strafverfolgung. Mangelhafte Führung trage zu anhaltender Korruption und unprofessionellem Verhalten bei. Die Regierung ergreife weiterhin verschiedene Massnahmen, um diesen Zustand zu beenden.

**Mängel im Justizsektor, deutliche Fortschritte bei der Verfolgung niederrangiger Korruptionsfällen, nur seltene Verfolgung hochrangiger Korruptionsfälle.** Gemäss USDOS (13. März 2019) sind die Gerichte in Albanien anfällig für Korruption, Ineffizienz, Einschüchterung und politische Einflussnahme. Richter\_innen hielten viele Anhörungen in ihren Büros ab, ein Hinweis auf einen Mangel an Transparenz und Professionalismus und ein Einfallstor für Korruption. Diese Faktoren unterminierten die Autorität der Justiz, trügen zu kontroversen Gerichtsentscheidungen bei und führten zu einer inkonsistenten Anwendung des Zivilrechts. Gemäss Berichten von NGOs profitierten nur wenige Personen vom gesetzlich festgelegten Recht auf kostenlose Rechtshilfe. Bei der Verfolgung niederrangiger Korruptionsfälle, einschliesslich der Korruption durch Staatsanwält\_innen und Richter\_innen, habe es deutliche Fortschritte gegeben. Dagegen bliebe die Strafverfolgung hochrangiger Korruptionsfälle selten, da Ermittler\_innen Vergeltung fürchteten, da es ausserdem einen Mangel an Ressourcen gebe, und wegen der Korruption innerhalb des Justizsektors selbst.

**Justiz nicht unabhängig, Justizreform einschliesslich Korruptionsbekämpfung im Justizsektor geht nur langsam voran.** Gemäss einem Artikel der *Heinrich-Böll-Stiftung* vom 1. August 2018 führt Albanien aufgrund mehrmaliger Aufforderung durch die *Europäische Kommission* eine Reform des Justizsektors durch, die auch die Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption in diesem Sektor einschliesst. Der Artikel zitiert mehrere von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführte Befragungen, laut denen 76 Prozent der Befragten davon ausgingen, dass die albanische Justiz korrupt sei. Unter anderem beinhalte die Reform die Einrichtung einer *Special Anticorruption Unit* und eines *Anticorruption Investigation Bureau* sowie die Überprüfung aller Richter\_innen und Staatsanwält\_innen, um rechtsstaatliche Verfahren und die Unabhängigkeit der Justiz zu garantieren. Verzögerungen bei der Überprüfung dieser Personen hätten jedoch zu zeitlichen Rückständen bei der Umsetzung der Reform insgesamt geführt.

Anfang 2018 hatte die *Bertelsmann Stiftung* darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeit der albanischen Justiz stark durch verborgene politische Beziehungen und einem hohen Mass an Korruption behindert wird. Richter\_innen der ersten beiden Instanzen würden auf Vorschlag des *High Council of Justice (HCJ)* durch den Präsidenten bestellt. Die Besetzung des HCJ sei hochpolitisch, weil albanische Präsidenten traditionell ihre politischen Beziehungen beibehalten. Der aktuelle Präsident (Ilir Meta, Sozialistische Bewegung für Integration - LSI) hat beispielsweise eine eindeutig parteipolitische Rolle bezüglich des konkreten Funktionierens des HCJ eingenommen. Die Mitglieder des *High Court* und des Verfassungsgerichts und der Generalstaatsanwalt würden ebenfalls durch den Präsidenten nominiert, benötigten aber die Zustimmung einer Mehrheit im Parlament. Diese Art von Struktur begünstigt laut *Bertelsmann Stiftung* (2018) Korruption. Heute sei die albanische Justiz eine der korruptesten Institutionen. Im Allgemeinen geht man davon aus, dass sie ihre Entscheidungen nach dem Kriterium des Meistbietenden richte. Unter anderem sei ein berüchtigter Mafia-Anführer, der für mehrere Morde, internationalen Drogenhandel und Erpressung verurteilt worden war, frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden.

**Justiz einschliesslich Verfassungsgericht momentan nicht handlungsfähig.** Gemäss KAS (Juli 2019) ist die albanische Justiz einschliesslich des Verfassungsgerichts aktuell nicht handlungsfähig, ein Ergebnis der Überprüfungen von Richter\_innen und Staatsanwält\_innen («Vetting-Prozess»), die gleichzeitig statt nacheinander ablaufen. Dieser Prozess hat die Entfernung politisch belasteter Mitarbeitender («Lustration») aus diesen Positionen zum Ziel. Am Verfassungsgericht wurden deshalb acht der neun Richter\_innen entlassen oder sie traten zurück, und ihre Stellen sind bisher nicht neu besetzt worden. Die parlamentarische Opposition kann die Entscheidungen der Regierung also momentan nicht höchstrichterlich überprüfen lassen.

**Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung in besonders verletzlichen Bereichen bleiben trotz einiger Fortschritte ineffizient.** Der im Mai 2019 veröffentlichte Fortschrittsbericht der *Europäischen Kommission* hebt Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption hervor. Gleichzeitig kommt er zum Schluss, dass die Auswirkungen der Antikorruptionsmassnahmen in besonders verletzlichen Bereichen (Zoll, Steuerverwaltung, Bildung, Gesundheit, öffentliches Beschaffungswesen etc.) begrenzt bleiben. Interne Kontrollen und Überprüfungsmechanismen innerhalb der öffentlichen Verwaltung müssten sehr dringend gestärkt werden, und ihre Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden müsse verbessert werden. Auch US-DOS (13. März 2019) weist darauf hin, dass begrenzte Ressourcen, Leaks während Untersuchungen, tatsächlicher und vermeintlicher politischer Druck und ein planloses System zur Zuteilung von Fällen Untersuchungen von Korruptionsfällen durch Regierungsbehörden erschwerten.

## 4 Politische Krise und Korruption der politischen Parteien

**Politische Krise seit Februar 2019, Opposition boykottiert Kommunalwahlen und Parlament.** Gemäss einem Bericht des BAMF vom 15. Juli 2019 spitzt sich die politische Krise in Albanien, die seit Februar 2019 andauert, immer weiter zu. Es gebe fast wöchentlich Massenproteste. Die Oppositionsparteien Demokratische Partei (DP) und Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) hätten nicht an den Kommunalwahlen (vom 30. Juni 2019) teilgenommen und boykottierten das Parlament seit Monaten. Regierung und Opposition beschuldigten sich gegenseitig der Korruption. Auch KAS (Juli 2019) berichtet von einer zunehmenden Staats- und Verfassungskrise.

**Stimmenkauf durch die amtierende SP-Regierung mit Unterstützung einer im Drogenhandel aktiven kriminellen Gruppe bei den Parlamentswahlen im Jahr 2017.** Laut BAMF (15. Juli 2019) wirft die Opposition dem Ministerpräsidenten Edi Rama (Sozialistische Partei, SP) und seiner Regierung vor, er habe bei den Parlamentswahlen 2017 in grossem Ausmass Stimmen gekauft. Gemäss KAS (Juli 2019) haben *Voice of America* (VoA) und das *Balkan Investigative Research Network* (BIRN) im Januar 2019 Ermittlungsprotokolle veröffentlicht, die den Stimmenkauf durch hochrangige SP-Politiker in Zusammenarbeit mit Akteuren der Organisierten Kriminalität in mehreren Städten bei den Parlamentswahlen von 2017 sowie in einem weiteren Fall im Jahr 2016 aufzeigten. Die deutsche Zeitung BILD habe ausserdem im Juni 2019 Audio-Mitschnitte dieser Abhörprotokolle veröffentlicht, auf denen auch Ministerpräsident Rama zu hören sein soll. Laut *Balkan Insight* (5. Juni 2019) zeigen die Abhörprotokolle, dass mehrere SP-Vertreter einschliesslich Bürgermeister und Parlamentarier in enger

Verbindung zu einem kriminellen, im Drogenhandel aktiven Netzwerk standen. Sie hätten beispielsweise mit Astrit Avdylaj, einem Mitglied des Netzwerks, besprochen, wie SP-Kandidaten durch Druck auf Wähler\_innen zum Wahlsieg verholpen werden könnte.

**Geldwäsche durch die oppositionelle DP im Jahr 2017.** *Balkan Insight* (14. Juni 2019) verweist auf einen Artikel von BIRN vom November 2017, gemäss dem die oppositionelle Demokratische Partei (DP) unter Lulzim Basha 825'000 US-Dollar hauptsächlich mittels einer Offshore-Firma für zwei Lobbyverträge in den USA zahlte, jedoch nur einen kleinen Anteil dieser Summe bei der *Central Election Commission* (CEC) deklarierte. Albanische Parteien hätten über Jahre Millionen US-Dollar ausgegeben, um Lobbyfirmen zu bezahlen mit dem Ziel, die Unterstützung der US-Regierung zu bekommen, besonders während Wahlen. Albanische Parteien müssten seit 2012 ihre Ausgaben deklarieren; seitdem seien mehrere Abweichungen ans Licht gekommen.

**Autoritäre Tendenzen.** Im April 2018 hatte *Freedom House* darauf hingewiesen, dass die Wahl von Ilir Meta zum albanischen Staatspräsidenten, der von vielen Staatsbürger\_innen als Symbol der Korruption wahrgenommen wird, die Auswirkungen von Fortschritten im Kampf gegen die Korruption in der Verwaltung schwächte. Premierminister Edi Rama hatte Meta bereits 2011 als Symbol allen Übels in der albanischen Politik bezeichnet. Die Wahl des Interims-Generalstaatsanwalts durch eine einfache Mehrheit im Parlament im Dezember 2017 hatte denselben Effekt und schwächte die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Strafverfolgung deutlich. Die vollständige Kontrolle von Premierminister Rama über die SP und seine stabile Mehrheit im Parlament barg laut *Freedom House* (11. April 2018) in Kombination mit seiner engen Kontrolle der Exekutive bereits zu diesem Zeitpunkt die Gefahr, dass sich autoritäre Tendenzen verstärken und damit weitere staatliche Institutionen unter seine Kontrolle gebracht werden könnten.

So legte die Regierung von Premierminister Edi Rama laut einem Artikel von *Balkan Insight* vom 10. September 2019 beispielsweise einen kontroversen Gesetzesentwurf zur Regulierung von Online-Medien vor mit dem Ziel, solche Medien zu «disziplinieren», um «die Qualität des Informations- und öffentlichen Diskurses zu verbessern». Das Gesetz sieht die Schaffung eines *Complaints Council* vor, das elektronische Medienhäuser dazu zwingen kann, eine Entschuldigung zu veröffentlichen, Inhalte vom Netz zu nehmen oder eine Pop-up-Information auf einer Website einzufügen, wenn es der Meinung ist, sie hätten Bestimmungen zu Würde und Privatsphäre verletzt. Rama wurde diesbezüglich durch den EU-Botschafter in Albanien, den OSZE-Repräsentanten für Medienfreiheit und albanische und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisiert.

## 5 Quellen

BAMF, 15. Juli 2019:

«Albanien

*Land in der Krise*

**Seit Februar (2019) steckt das Land in einer Krise, die sich immer weiter zuspitzt. Fast wöchentlich kommt es zu Massenprotesten; die Opposition, bestehend aus der Demokratischen Partei (DP) und der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), boykottiert seit Monaten das Parlament und hat zuletzt auch an den Kommunalwahlen nicht teilgenommen. Sie wirft der amtierenden Regierung unter Ministerpräsident Edi Rama von der Sozialistischen Partei (SP) vor, bei den Parlamentswahlen 2017 massiv Stimmen gekauft zu haben. Albanische Ermittler sollen über entsprechende Abhörprotokolle verfügen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen zündeten militante Anhänger der Opposition mehrere Wahllokale an. Wohl auf Druck der USA und der EU verlief der Urnengang vergleichsweise ruhig. (vgl. BN v. 01.07.19)**

**Die beiden politischen Lager stehen sich seit Jahrzehnten unversöhnlich gegenüber. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig der Korruption. In den Augen der Opposition ist Regierungschef Edi Rama Chef eines Drogenkartells, in den Augen der Sozialisten kämpft die Opposition nur deshalb so vehement, weil die von der Regierung begonnene Justizreform gerade deren Machtstrukturen empfindlich trifft. Trotz teils berechtigter Kritik und legitimer Forderungen genießt die Opposition weder das Vertrauen des Volkes noch die Unterstützung des Westens. Auch die Demokraten, die das Land bis 2013 regierten, gelten als korrupt. Der Europäische Rat wird voraussichtlich im Oktober eine Entscheidung darüber treffen, ob entsprechend der jüngsten Empfehlung der EU-Kommission Beitrittsgespräche mit Albanien aufgenommen werden. Die aktuelle Entwicklung bestärkt jedoch vor allem die Ansicht einiger europäischer Staaten, dass Albanien die Beitrittskriterien nicht erfüllt.»** Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Deutschland), Briefing Notes 15. Juli 2019, 15. Juli 2019, S. 1-2: [www.ecoi.net/en/file/local/2013151/Deutschland\\_Bundesamt\\_f%C3%BCr\\_Migration\\_und\\_Fl%C3%BCchtlinge%2C\\_Briefing\\_Notes%2C\\_15.07.2019\\_%28deutsch%29.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/2013151/Deutschland_Bundesamt_f%C3%BCr_Migration_und_Fl%C3%BCchtlinge%2C_Briefing_Notes%2C_15.07.2019_%28deutsch%29.pdf).

Balkan Insight, 10. September 2019:

**«EU ambassador Luigi Soreca said on Monday evening that the controversial proposed law to regulate online media, which is currently going through parliament, is too severe and should be rethought.**

*“When it comes to tackling disinformation, while we share the Albanian authorities’ concerns with regard to disinformation, the [European] Commission recommends approaches that are less severe, based on a self-regulation approach,” Soreca said at a ceremony for the European Union Awards for Investigative Journalism in Tirana.*

*“The European Commission shares the concerns of other international organisations related to the lack of legal certainty and to the widening of the scope of competence of the [Albanian]*



Audiovisual Media Authority to include online media regulation, as this may lead to adverse effect on freedom of expression,” he added.

**The government of Prime Minister Edi Rama has claimed that the country needs such anti-defamation legislation to “discipline” online media in order “to improve the quality of the information and public discourse”.**

**The draft law creates an administrative control over online media through a body named the Complaints Council with power to oblige electronic publications service providers to publish an apology, remove content or insert a pop-up notice if they are found to have violated provisions on dignity and privacy.**

This council has the power to fine media up to 8,300 euros for such violations. A second law subjects online media to the Telecommunication and Postal Authority, AKEP, which will have the power to insert pop-ups on websites if they have been found in breach of the law by the Complaints Council. Failure to comply with the AKEP’s demands would result in fines up to 830,000 euros.

**Rama has faced criticism over the proposed legislation from Albanian and international rights organisations and as well as from the OSCE’s Representative on Freedom of the Media.**

But when he was asked about the criticism in July, Rama claimed he wasn’t aware of the details and insisted his anti-defamation package will be approved in parliament, claiming that the legislation was “agreed with the OSCE”. » Quelle: Balkan Insight, EU Cautions Albania Against Restricting Online Media, 10. September 2019:

<https://balkaninsight.com/2019/09/10/eu-criticizes-albania-media-laws/>.

Balkan Insight, 14. Juni 2019:

**«Opposition leader Lulzim Basha says money laundering allegations over a lobbying contract in the US – first revealed by a BIRN investigation – show the prosecution service has been turned into a government weapon.**

The leader of Albania’s opposition Democratic Party, Lulzim Basha, has been ordered to appear before prosecutors on Monday to answer questions in a case related to payments that his party made to US lobbying firm Muzin Capitol Partners that were not declared in Albania. Two other members of the Democratic Party, Arben Ristani and Ilir Dervishi, have also been summoned. **Prosecutors say they have identified “elements” of money laundering and falsification of state documents during their initial investigation.**

**The case was first revealed in November 2017 by a BIRN investigation, which showed that the Democratic Party had paid around 825,000 US dollars for two lobbying contracts in the US but had only declared a fraction of this sum to the Central Election Commission, CEC. Most of the payments were made through an offshore company named Bi-niatta Trade for Muzin Capitol Partners. Following the news about the charges being brought against him, Basha told supporters on Facebook that prosecutors were being misused by Socialist Prime Minister Edi Rama. Basha also questioned why the same**



**prosecutors had not acted on scores of allegations concerning Socialist Party finances.**  
(...)

Following the news about the charges being brought against him, Basha told supporters on Facebook that prosecutors were being misused by Socialist Prime Minister Edi Rama. Basha also questioned why the same prosecutors had not acted on scores of allegations concerning Socialist Party finances. "Albanians are now seeing the true face of the politicised prosecution of Edi Rama: an institution that protects Rama and other corrupt officials and works only to fight the political enemies of the regime," Basha wrote on Facebook.

The investigation into Basha comes amid continuing anti-government protests in Tirana, which Basha has been leading. **Thousands of people have taken to the streets since February, calling for the resignation of Rama and his ruling Socialists over allegations of corruption.**

**Albanian parties and politicians have spent millions of dollars over the years on lobbying firms to get US support, especially during elections.** The sums spent are routinely exposed under the terms of the US Foreign Agents Registration Act, which obliges lobbyists for foreign interests to register and declare their earnings. **Albanian parties have also been obliged to declare their expenditure since 2012. Since then, several discrepancies have appeared.**» Quelle: Balkan Insight: Albania Opposition Leader Faces Money Laundering Charges, 14. Juni 2019: <https://balkaninsight.com/2019/06/14/albania-opposition-leader-faces-money-laundering-charges/>.

Balkan Insight, 5. Juni 2019:

**«Leaks of taped conversations between a notorious underworld figure and Socialist Party officials have added to the embarrassment of the government, highlighting apparent links between ruling party officials and crime gangs.**

**Albanian opposition Democratic Party leader Lulzim Basha on Wednesday repeated calls for Socialist Prime Minister Edi Rama to resign, after new leaks from prosecution files shed fresh light on the involvement of a notorious crime network in the Socialist Party's victorious 2017 election campaign. The prosecution said it had opened an investigation into a breach of state secrets. The government has not yet commented on the case.**

Earlier on Wednesday, the German tabloid BILD published six eavesdropped phone conversations from a file known in the media by its number, 339, apparently leaked from the Albanian prosecution.

**In the conversations, Astrit Avdylaj, a notorious underworld figure from Shijak in central Albania, and who was arrested on October 2018 on drug trafficking charges, is heard discussing the forthcoming elections with two Socialist Party mayors and several other Socialist officials. Two of the conversations suggest that Avdylaj proposed to organise support to get Ilir Ndraxhi elected as a Socialist MP for the Durres area.**

In another conversation, Avdylaj is heard ordering the director of the Durres water utility company to provide him with a list of its employees and annotation of who among them might be

supporters of the opposition. The purpose of the list, according to Avdylaj, was “to shake them a bit”.

“They will give me their votes or they will go home,” i.e. be sacked, Avdulaj is heard saying, while the director assures him: “The list is ready.” (...)

Police closed in on a vast crime network last October, arresting dozens of people. The gang based in Shijak is accused for international drug trafficking, mostly to Germany. They had been eavesdropped for more than two years. The investigation discovered not only a network of drugs smuggling but also the involvement of various officials. Two of the arrested persons in the October operation were former Socialist Party MPs, both accused of corruption. One was then the director of the prison system.

Since then, leaks to the media and to the Democratic Party have shown that the two former MPs were not the only Socialist officials linked to the drugs gang. Several other Socialist officials, including mayors and MPs, were also found to be in close contact with the band. **The conversations leaked on Wednesday reveal a whole new level of involvement by the group in the 2017 elections, which Rama and the Socialist Party won.**» Quelle: Balkan Insight, Gangster’s Leaked Revelations Deepen Albania Govt’s Woes, 5. Juni 2019: <https://balkaninsight.com/2019/06/05/gangsters-leaked-revelations-deepen-albania-govts-woes/>.

Bertelsmann Stiftung, 2018:

**«The independence of the judiciary is heavily impaired by underground political links and high levels of corruption.** The judicial system consists of three instances – courts of first instance, courts of appeal and high courts – with the latter being the final instance in civil and criminal cases. Administrative courts decide on administrative cases. The Constitutional Court decides on the conformity of laws with the constitution. The Prosecutor’s Office, a centralized institution, brings prosecutions to the court on behalf of the state. **Judges of the first two instances are appointed by the president upon the proposal of the High Council of Justice (HCJ).** Given that Albanian presidents have traditionally maintained political connections and the current president has taken a clearly partisan role in the concrete functioning of HCJ, appointments to the HCJ are highly political. Members of the High Court and Constitutional Court, and the general prosecutor are also nominated by the president, but require the consent of a parliamentary majority. These appointments were especially problematic when the president belonged to the same political party that held a parliamentary majority between 2005 and 2013, during which period several key appointments were renewed.

The politicization of the judiciary, however, is deeply rooted in the initial reforms of 1992 to 1996 when the then DP government removed former communist judges. The new personnel were educated through a short three- to six-month course and were often hand-picked from among the party militants, enabling the infiltration of party cronies into the highest echelons of the judiciary. The subsequent presidential nominees further consolidated a system of party patronage around key DP leaders, reducing all levels of judiciary to a politically controlled structure serving specific party agendas.

***This kind of structure, moreover, encouraged corruption. Today, the judiciary is one of the most corrupt institutions, which is broadly believed to make decisions on the basis of who offers the highest bid. During the period under review, the media has reported explosive cases of corruption including judges demanding payment or sexual favors for their decisions, the extensive transfer of state-registered properties to private claimants, the release of criminals with excessive domestic and international criminal records, and doctoring of incriminating evidence against political leaders.***

*One of the most shocking cases that shows the current depth of corruption involved the **early release from prison of an infamous mafia boss who had been convicted of several killings, international drug trafficking and extortion.** The protagonist had continued to direct further criminal activities from prison, according to a 2015 police report. Various Albanian judges at different levels of the process gave him minimal sentence, systematically lowered his sentence and then released him for good behavior. The U.S. ambassador, at the time involved in ongoing negotiations regarding judicial reform, put it in an embarrassingly clear way: “I want to say to the corrupt judiciary that this is an unacceptable decision.”*

***Given that most Albanians have suffered the consequences of a corrupt judiciary (e.g., hefty fees, long delays and unfair decisions) there is overwhelming support for comprehensive reform.*** The European Union and United States have instigated and sponsored a comprehensive package of reforms, which is currently being implemented. The governing majority has seemingly supported the comprehensive reforms and deep international involvement in the process. The prolonged parliamentary negotiations over the package of reforms are due to the 2015 boycott of parliament by Democratic Party (DP) representatives and the vetoing of crucial reform proposals in 2016. ***Necessary constitutional amendments were consensually adopted in July 2016, but only after much international pressure. Even after that, one of the most important laws that would enable vetting of personnel was suspended by the Constitutional Court on the request of the DP. The Venice Commission’s review led the Constitutional Court to rule that the law was constitutional in January 2017. Related laws promise to shake the very roots of the politically controlled and deeply corrupt judiciary, but they are expected to be subject to further delays and resistance during the process of implementation.***

***Public officeholders who break the law and engage in corruption are generally not prosecuted. “Due” processes randomly slip through political, legal or procedural loopholes. Albania has a weak record on investigating abuses of public office, especially when it comes to high-level politicians.*** Although the European Union has persistently called for “a convincing track record of investigations, prosecutions and convictions at all levels,” ***the investigation of “delicate” political cases rarely if ever results in a conviction. Commonly, politicians accused of an abuse of public office are released at different stages of judiciary proceedings, even when there is substantial evidence of guilt. The links between the Albanian judiciary and political parties, and particularly the weak functioning of the Prosecutor’s Office, another key presidential appointee, have blocked any meaningful progress in this area. (...)***

***In Albania, legal commitments and implementation might well be two different things. As EU annual assessments note on almost every occasion, deficient implementation and weak institutional capacities hinder the realization of declared objectives and priorities.***

*During the period under review, the government has shown determination to go through difficult reforms addressing informality, the judiciary, organized crime and the enforcement of state authority in general.*

***Proper implementation, however, requires the collaboration of a wide range of institutional actors – particularly independent institutions – which often have everything to lose from substantial reforms.*** During the period under review, an opposition prone to boycotts, a partisan presidency and the lack of independent state institutions have obstructed the implementation of reforms. Indeed, the big question here is how to reform institutions that are not interested in reforming. ***The foreign-supported judiciary reform, which advanced with the support of the governing authorities and its international sponsors, promises well for future of implementation.*** With this reform, the country has made a huge step toward depoliticizing the judiciary and tackling corruption within it. Furthermore, this promises to be a crucial step toward ensuring independent oversight, and strengthening checks and balances. (...)

***In 2015, the Albanian parliament adopted a new initiative that made former communist files publicly available.*** The initiative was based on the German model and received substantial assistance from German authorities. Evidence of crimes committed by the communist regime had been suppressed following the collapse of regime and all previous initiatives had been selectively applied. However, the new framework has raised hopes that Albanians will be able to learn who collaborated with the dictatorship and how the system functioned. ***The initiative also promised to reduce frequent accusations used by Albanian political actors to denigrate other political figures based on unsubstantiated connections to the past. Because no one except for a few political leaders previously had access to the files, the information kept in these files had become a major source of speculation and rumor, which could not be independently and impartially verified. The institution responsible for handling and publicizing the files was finally established by the end of 2016, but it is still too early to assess its effectiveness. Public confidence in the willingness of Albanian politicians to disclose their former links to the communist regime is low. It is also plausible that Albanian politicians have destroyed any compromising files, leaving little incriminating or embarrassing evidence. Whether the newly created structures are sufficiently independent or professional to improve transparency regarding these long-standing issues remains to be seen.***» Quelle: Bertelsmann Stiftung, BTI 2018; Albania Country Report, 2018, S. 12-13, 31, 35-36: [www.ecoi.net/en/file/local/1427394/488284\\_en.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1427394/488284_en.pdf).

Europäische Kommission, 29. Mai 2019:

***«In the coming year, Albania should in particular: (...)***

***-> complete the set-up of specialised investigative and judicial bodies against corruption and organised crime, and consolidate the structures of the newly established institutions for the self-governing of the judiciary (...).***

*Fight against corruption*

*Albania has some level of preparation in the fight against corruption. Good progress has been made, notably with the adoption of the new action plan 2018-20 for the implementation of the*

*Inter-sectoral Strategy against Corruption; the amendments to the Law on the Declaration and Audit of Assets; the Law on Public Procurement; and the adoption of the Code of Conduct for Members of Parliament. Although the vetting of members of the judiciary is an administrative process, progress in this area is relevant to assess Albania's concrete results in fight against corruption. Improvements are still expected to the Law on political party financing, the Electoral Code and the Law on Conflicts of Interest. The establishment of an Anti-corruption Task Force has increased the proactivity of administrative investigations and is already producing its first concrete results. Good progress has continued through further consolidating efforts towards the establishment of a solid track record on investigating prosecuting and trying high-level corruption cases. The recommendations of the last annual report were partially implemented. Efforts should continue towards consolidating a track record of seizure and confiscation/recovery of criminal assets resulting from corruption-related offences. The ongoing establishment of specialised anti-corruption investigative and judicial bodies remains crucial. Direct access to databases for prosecutors and the police continued to improve. Overall, corruption is prevalent in many areas and remains an issue of concern. There is awareness at political level of the need to effectively address corruption. The justice response against high-level corruption has started to generate concrete results, which needs to continue. In the coming year, Albania should therefore:*

*-> further progress towards establishing a solid track record of seizure and confiscation/recovery of criminal assets resulting from corruption-related offences; further increase the use of financial investigations;*

*-> finalise the procedures for the establishment of the specialised anti-corruption bodies, composed of the Special Anti-Corruption and Organised Crime Structure (SPAK), the National Bureau of Investigation (NBI), and the Court to address high-level corruption; ensure adequate resources and cooperation between these new structures;*

*-> continue to improve access to national electronic registries for law enforcement authorities.  
(...)*

***The impact of anti-corruption measures in particularly vulnerable areas (customs, tax administration, education, health, public procurement etc.) remains limited. There is still a strong and urgent need to improve and strengthen internal checks and inspection mechanisms within the public administration. There is also a need to improve their cooperation with law enforcement authorities.***» Quelle: Europäische Kommission: Albania 2019 Report [SWD(2019) 215 final], 29. Mai 2019, S. 15, 18-20: [www.ecoi.net/en/file/local/2012756/20190529-albania-report.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/2012756/20190529-albania-report.pdf).

Freedom House, 11. April 2018:

***«Achievements in the war against administrative corruption was offset by the election of Ilir Meta as president of Albania, perceived by many citizens to be a symbol of corruption, as well as by the election through a simple majority in the Albanian parliament of a temporary General Prosecutor on December 18, which seriously undermined the credibility and independence of the prosecution. (...)***

*There was some progress in 2017 in the war against administrative corruption and bribery, especially in the police force. There was also progress in the war against drugs, as reflected*



*in a marked reduction of cannabis cultivation. Such achievements were upset in early November by parliament's rejection of a request by the Prosecutor's Office to remove the immunity of ex-minister of interior Saimir Tahiri, so that he could be arrested following serious revelations by Italian law enforcement agencies that he was connected to an Albanian-Italian drug trafficking ring. The war against corruption also received a blow with the election of Ilir Meta as President of the Republic on April 28, whose presidency was assured by the votes of the ruling Socialist Party. In 2011 Rama himself described Ilir Meta as the symbol of everything that was rotten in Albanian politics, an assessment that is shared by a great part of the Albanian electorate.*

*On September 13, parliament approved the second government led by Edi Rama, which consisted almost completely of his acolytes. This, in turn, aroused fears among political analysts that Rama could govern with an iron fist, given his comfortable parliamentary majority of 74 seats and his tight control of the executive. Indeed, Rama's decision to unilaterally elect the new temporary General Prosecutor through his simple majority in the Albanian parliament in December, ignoring the fierce protests of the two main opposition parties, displayed a worrying first step in this trajectory. The opposition DP seemed to be in a process of disintegration following its worst electoral defeat in 25 years, while the new president, Ilir Meta, lacked the credibility to stand in the way of potential power abuse by the executive.*

*Outlook for 2018: For Albania, 2018 holds the promise of improved governance as well as the danger of authoritarianism. With a comfortable majority in parliament, the ruling Socialist Party and its prime minister enjoy a genuine opportunity to carry out important reforms that have the potential to reduce corruption in the judiciary and bribery in the public administration while enhancing good governance. On the other hand, **the complete control that Prime Minister Rama has over the Socialist Party and the solid majority he enjoys in parliament, combined with a tight control over the executive, could give rise to authoritarian tendencies that can bring other state institutions under the premier's control.**» Quelle: Freedom House, Nations in Transit 2018 - Albania, 11. April 2018: [www.ecoi.net/de/dokument/1429166.html](http://www.ecoi.net/de/dokument/1429166.html).*

Heinrich-Böll-Stiftung, 1. August 2018:

*«In autumn 2014 the European Commission's Progress Report highlighted for several times in a row the need for concrete interventions in the judiciary, as an indispensable measure to fight the high level of corruption in the system. Thus, the Albanian Assembly established the Special Parliamentary Commission on the Judicial Reform, which prepared the main analytical document underlining numerous problems in the judiciary, and emphasizing the necessity of legal amendments with the functioning and consolidation of the rule of law as its final aim. **The high level of corruption in the judiciary impedes its functioning, and has affected the public trust toward it. Moreover, this situation has prevented further progress in terms of the European integration of the country. Three out of five priorities set by the European Commission were related to the judiciary. Namely, these priorities were the integral reformation of the judiciary, the fight against corruption and the protection of human rights and fundamental freedoms.** (...)*

*According to a number of surveys conducted by civil society organizations, 76% of Albanian citizens believed that the judiciary was corrupt. (...)*

Another important novelty of the judicial reform in Albania is the **constitution of the Special Anticorruption Unit and the Anticorruption Investigation Bureau**, which will be composed of national and international prosecutors engaged in the fight against corruption undertaken by high level state officials. (...)

**The existence of a high level of corruption in the judiciary made it necessary to find a sui generis solution to resolve this problem.** As a consequence, and in line with the constitutional amendments, as above mentioned, the **Assembly adopted the so-called vetting law. Its purpose is to determine specific rules for the re-evaluation of all judges and prosecutors in duty with the final aim to guarantee the functioning of the rule of law and the independence of the judiciary. As the reform itself, the vetting law aims to rebuild public trust in the judiciary.** (...)

**Even though the law was adopted at the end of August 2016, after several obstacles such as two pleas before the Constitutional Court, in late 2017 the vetting bodies drew the lot for the first 36 re-evaluation subjects to be vetted.** Priority was given to high-level court judges and candidates for the HCJ and HPC. Now, more than six months after the start of the re-evaluation procedure, we can shed some light to this process so far.

**The vetting is on delay.** I am taking into account here the time since the hearings have started. **It entailed a domino effect in impeding the establishment of almost all institutions and processes of the juridical reform itself.** (...)

**The most serious problem entailed by the results of the vetting so far is the de facto non-existence of the Constitutional Court.** After the re-evaluation of the judges of this court, 7 out of 9 proved to be inadequate to be part of the judiciary. This is an unprecedented situation which has opened the floor for possible violations of the Constitution and a threat to the rule of law in the country. The Supreme Court is going through this situation, because now this court has in duty 4 out of 19 judges, and it is almost impossible to deliberate in public hearings because of the quorum.» Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, The vetting of judges and prosecutors: An Albanian experience, 1. August 2018: <https://ba.boell.org/en/2018/08/01/vetting-judges-and-prosecutors-albanian-experience>.

KAS, Juli 2019:

«Die Lokalwahlen in Albanien am 30. Juni 2019 und deren Boykott durch die Opposition sind der vorläufige Höhepunkt in einem seit Monaten andauernden Politkrimi, welcher Albanien **mehr und mehr in eine Staats- und Verfassungskrise** stürzt. Die Sozialistische Partei (SP) unter Ministerpräsident Edi Rama hatte die Abstimmung durchführen lassen, obwohl Staatspräsident Ilir Meta diese zuvor aufgrund der angespannten politischen Lage zuerst abgesagt und später für Oktober neu angesetzt hatte. Die Wahlen fanden zwar friedlich, aber bei äußerst geringer Wahlbeteiligung statt und werden von der Opposition nicht akzeptiert. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Land nun in der schwersten Krise seiner jüngsten Geschichte weiter entwickelt. (...)

**Der Streit um die Kommunalwahlen und die vorhergehenden Querelen werfen ein schlechtes Licht auf die demokratische Verfasstheit Albaniens.** Mitte Februar 2019 hatte die Opposition in einem bis dahin präzedenzlosen Schritt die Niederlegung der Parlamentsmandate verkündet. (...) Mit dem Schlachtruf „Rama Ik!“ (Rama verschwinde!), **fordert die**



*Opposition den Rücktritt von Ministerpräsident Rama, dem sie Korruption, Wahlmanipulation und Verbindungen zum organisierten Verbrechen vorwirft. Im Januar 2019 hatten Voice of America (VoA) und das Balkan Investigative Research Network (BIRN; ein angesehenener regionaler Rechercheverbund) Protokolle von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen veröffentlicht, die zeigen, dass in mehreren Städten hochrangige SP-Politiker im Zusammenspiel mit Akteuren der Organisierten Kriminalität bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 sowie zuvor bei einer Nachwahl im Ort Diber 2016 massiven Stimmenkauf betrieben hatten. BILD veröffentlichte am 5. und 17. Juni 2019 Ton-Mitschnitte dieser Abhörprotokolle, auf denen u.a. auch Ministerpräsident Rama zu hören sein soll. (...)*

*Am schwersten wiegt sicherlich, dass aufgrund des „Vetting“-Prozesses zur Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten die albanische Justiz und insbesondere das Verfassungsgericht derzeit nicht handlungsfähig sind. Der Prozess hat noch nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, sondern vielmehr zu einer tiefgreifenden Funktionsstörung des Rechtssystems geführt. Anstatt die Richter individuell nacheinander zu überprüfen und ggf. zu entlassen wurde der Lustrationsprozess simultan für die höchstrangigen Richter und Staatsanwälte durchgeführt. So wurden z.B. beim Verfassungsgericht von neun Richtern alle bis auf einen Richter entlassen bzw. traten zurück. Da die Institutionen, die potentielle neue Kandidaten für das Gericht überprüfen sollten, lange nicht besetzt waren, ist das Gericht seit 2018 bis heute mit nur einer Person besetzt und amtsunfähig. Dies führt u.a. dazu, dass die parlamentarische Opposition nicht über die Möglichkeit einer höchstrichterlichen Überprüfung der Entscheidungen der Exekutive verfügt. Somit befindet sich Albanien derzeit in einer tiefen innenpolitischen Krise, ohne funktionierende Judikative, ohne parlamentarische Opposition und mit einer aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung.» Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Die Qual mit der (Nicht-)Wahl, Juli 2019, S. 1-2: [www.ecoi.net/en/file/local/2014176/9f4742d8-0cf5-d1b4-9862-843d69254a60](http://www.ecoi.net/en/file/local/2014176/9f4742d8-0cf5-d1b4-9862-843d69254a60).*

KAS, 12. Dezember 2017:

*«Das Lustrationsgesetz von 2008 war ebenfalls äußerst umstritten und wurde durch internationale Partner (einschließlich durch die OSZE und den Europarat) aufgrund rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Bedenken heftig kritisiert. Das albanische Verfassungsgericht hat den Gesetzesentwurf später als verfassungswidrig zurückgewiesen.*

*Seither sind keine neuen Gesetzesentwürfe auf dem Gebiet der Lustration in Angriff genommen worden. Dies ist bedauerndswert, wenn man das **Ergebnis einer OSZE-Studie bedenkt, wonach 73% der albanischen Bevölkerung der Überzeugung sind, dass eine namhafte Anzahl der aktuellen Politiker während der kommunistischen Zeit wichtige Funktionen innehatten und deshalb von ihren öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden sollten.** Als Beispiel kann an dieser Stelle der amtierende Parlamentspräsident genannt werden, welcher der letzte Innenminister des kommunistischen Regimes war. Die versäumte Lustration erklärt denn auch teilweise das geringe Vertrauen der albanischen Bevölkerung in die eigene Regierung und den oftmals fehlenden politischen Willen für die Aufarbeitung der Vergangenheit. (...)*

*Öffnung der Archive – besser spät als nie*

*Der Zugang zu den Archiven der Geheimpolizei Sigurimi ist eine wichtige Voraussetzung, um den Opfern ihr Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Nach jahrelangen Diskussionen beschloss das Parlament im April 2015 ein Gesetz zur Öffnung der Archive der ehemaligen Geheimpolizei Sigurimi. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat durch Beratungsleistungen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Entstehung dieses Gesetzes geleistet. Ehemalige Betroffene der Sigurimi-Überwachung, Angehörige von Vermissten oder auch Kollaborateure sollen Einsicht in ihre Akte erhalten können. Dies ist essentiell für die Aufarbeitung der persönlichen Vergangenheit, weshalb das Gesetz in der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet wurde.*

***Zusätzlich gibt das Gesetz der für die Öffnung zuständigen Behörde die Möglichkeit, Parteifunktionäre und Personen in öffentlichen Ämtern in Bezug auf eine frühere Kollaboration mit der Sigurimi zu überprüfen. Einen eigentlichen Lustrations-Passus und somit einen Zwang zur Amtsenthebung enthält das Gesetz aber nicht.***

***Im Dezember 2016 hat die zuständige Behörde die Arbeit aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, ob sie die nötige Transparenz für die Betroffenen und die Gesellschaft schaffen wird. Das Thema spielt auf der politischen Agenda der wiedergewählten Regierung höchstens eine marginale Rolle.***

*Wiedergutmachung für die Opfer?*

*Die albanische Bevölkerung hatte schwer unter dem repressiven System zu leiden. Auf gesetzlicher Ebene bestehen für Opfer und Geschädigte des Kommunismus gute Ansätze für Wiedergutmachungen aber **wie so oft in Albanien mangelt es an der Umsetzung.***

***Für lange Zeit hatte Albanien eine der höchsten Zahlen an inhaftierten politischen Gefangenen in Europa. Gegen Ende des Jahres 1990 begann die Regierung mit der schrittweisen Freilassung dieser Häftlinge und am 30. September 1991 wurde in Albanien das Gesetz Nr. 7514 über die Unschuld, Amnestie und Rehabilitation ehemaliger Verurteilter und Verfolgter angenommen. Zudem wurde eine Kommission eingesetzt, welche u.a. die berufliche und soziale Wiedereingliederung der ehemaligen politischen Häftlinge zur Aufgabe hatte. Mit dem Gesetz Nr. 7748 wurde am 29. Juli 1993 erstmals 43.000 politisch Verfolgten das Recht auf eine finanzielle Entschädigung zugestanden, welche allerdings sehr gering und teilweise gar bedeutungslos war. Im Jahr 2007 wurde ein weiteres Gesetz angenommen, welches ehemaligen politischen Häftlingen 14,30 Euro für jeden Tag zusichert, den sie im Gefängnis oder in Arbeitslagern verbracht haben. Die Zahlung wurde in acht Raten aufgeteilt und hätte zwischen 2008 und 2016 ausbezahlt werden sollen. Dieses Ziel ist im Jahr 2017 noch nicht ein-mal annähernd erreicht worden.»***  
*Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, 12. Dezember 2017, S. 2-3: [www.kas.de/wf/doc/kas\\_51049-544-1-30.pdf?171215122516](http://www.kas.de/wf/doc/kas_51049-544-1-30.pdf?171215122516).*

OSZE, 31. Januar 2019:

*«Transparency International published the results of its Corruption Perceptions Index (CPI) 2018 ranking Albania at place 99 among the 180 countries and territories included in the index.*

**Albania scored 36 out of 100 points, registering a drop of two points from the 2017 rating and a drop of three points from 2016.**

*"The lack of progress in fighting corruption remains one of the most serious problems confronted by many countries around the world, weakening democratic regimes by undermining citizen's trust in democratic process. Corruption erodes public trust and slants economic growth in newly democratized countries. **Unfortunately, most of the countries of South-Eastern Europe register a regress compared with last year. The negative trend in Albania is all the more worrying as it is a reversal of a notable improvement in corruption perceptions between 2013 and 2016**", said OSCE Head of Presence Bernd Borchardt.*

***Transparency International notes that a possible cause of this reverse trend is the political stalemate that the country has seen in 2018, which led to the blocking of important anti-corruption reforms, while the continuation of the judicial vetting process and the setting up of new anti-corruption institutions are encouraging, but still to produce results.***

*"We see with concern the reverse in perceptions of corruption in Albania," said Borchardt. **"The results of the index show that Albania still has to reform its system of public institutions, which is perceived as more corrupt than in the last two years."***

***Borchardt said that ongoing reforms including the vetting of the judiciary should be completed and new anti-corruption institutions set up (...).***» Quelle: OSZE, Corruption Perceptions Index for Albania concerning and indicates that ongoing reforms have to continue, says OSCE Head of Presence Bernd Borchardt, 31. Januar 2019: [www.osce.org/presence-in-albania/410531](http://www.osce.org/presence-in-albania/410531).

USDOS, 13. März 2019:

*«Human rights issues included **pervasive corruption in all branches of government.***

***Impunity remained a problem. Prosecution, and especially conviction, of officials who committed abuses was sporadic and inconsistent. Officials, politicians, judges, and persons with powerful business interests often were able to avoid prosecution. In response, authorities have undertaken an internationally monitored vetting of judges and prosecutors, and have dismissed a significant number of officials for unexplained wealth or ties to organized crime. Authorities also undertook technical measures, such as allowing electronic payment of traffic fines and use of body cameras, to improve police accountability and punished some lower-level officials for abuses. (...)***

*Role of the Police and Security Apparatus*

*(...)*

*While the government had mechanisms to investigate and punish abuse and corruption, **police corruption remained a problem.** SIAC (the Service for Internal Affairs and Complaints) received 3,832 telephone complaints through the anticorruption "green line" through August and 6,439 telephone complaints in 2017. The service also received 1,217 written complaints through August and 1,048 in 2017. **The majority of the complaints alleged a failure to act, arbitrary action, abuse of office, or a violation of standard operating procedures.***

Through August, SIAC filed 77 administrative violations, recommending 133 police officers for disciplinary proceedings, and referred six cases for prosecution. **The Office of the Ombudsman also processed complaints against police officers, mainly concerning problems with arrests and detentions.**

Civilian authorities generally maintained effective control over police, the Guard of the Republic, the armed forces, and SIS, although **officials periodically used state resources for personal gain and members of the security forces committed abuses.**

**Police did not always enforce the law equitably. Personal associations, political or criminal connections, poor infrastructure, lack of equipment, and inadequate supervision often influenced law enforcement. Poor leadership contributed to continued corruption and unprofessional behavior. Authorities continued to make efforts to address these problems by renovating police facilities, upgrading vehicles, and publicly highlighting anticorruption measures. The Ministry of Interior has established a system of vetting security officials, but the Assembly has not appropriated funds to support it.**

**Impunity remained a serious problem, although the government made greater efforts to address it, in particular by increasing the use of camera evidence to document and prosecute police misconduct. (...)**

#### *Civil Judicial Procedures and Remedies*

**While individuals and organizations may seek civil remedies for human rights violations, courts were susceptible to corruption, inefficiency, intimidation, and political tampering. Judges held many court hearings in their offices, demonstrating a lack of transparency and professionalism and providing opportunities for corruption. These factors undermined the judiciary's authority, contributed to controversial court decisions, and led to an inconsistent application of civil law. Despite the statutory right to free legal aid in civil cases, NGOs reported that very few individuals benefitted from this during the year.**

*Persons who had exhausted remedies in domestic courts could appeal to the European Court of Human Rights (ECHR). In many cases, authorities did not enforce ECHR rulings, especially those concerning the right to a fair trial.*

**Persons who were political prisoners under the former communist regime continued to petition the government for compensation. The government made some progress on disbursing compensation during the year (2018). (...)**

#### *Section 4. Corruption and Lack of Transparency in Government*

**The law provides criminal penalties for corruption by public officials, but the government did not implement the law effectively, and officials frequently engaged in corrupt practices with impunity. Corruption was pervasive in all branches of government. The law prohibits individuals with criminal convictions from serving as mayors, parliamentarians, or in government or state positions.**

**The constitution requires judges and prosecutors to undergo vetting for unexplained wealth, ties to organized crime, and professional proficiency. Vetting was conducted by**

*the Independent Qualification Commission, and appeals were heard by an appeals chamber. The process was overseen by the International Monitoring Operation, which was composed of international judicial experts from the United States and the EU. As of October 24, the commission had dismissed 25 judges and prosecutors and confirmed 28, while 16 others had resigned from duty rather than undergo vetting.*

***A number of government agencies investigated corruption cases, but limited resources, investigative leaks, real and perceived political pressure, and a haphazard reassignment system hampered investigations. In selective instances involving international actors, anticorruption agencies cooperated with civil society.***

*Corruption: Between January and June, the prosecutor general's office registered 83 new corruption investigations. During the same period, 29 individuals were convicted on corruption charges, and trials began against an additional 28 individuals. Through August, 19,295 complaints had been submitted to authorities through the online portal stopkorruption.al, 1,396 of which contained information on alleged corrupt practices. A former interior minister remained under investigation for ties to organized crime and abuse of office.*

***While prosecutors made significant progress in pursuing low-level public corruption cases, including corrupt prosecutors and judges, prosecution of higher-level crimes remained rare due to investigators' fear of retribution, a general lack of resources, and corruption within the judiciary itself. (...)***

*Government Human Rights Bodies: The Office of the Ombudsman is the main independent institution for promoting and enforcing human rights. It is authorized by law to monitor and report on prisons and detention centers. The Office may initiate an investigation based on complaints or on its own authority. **Although the Office of the Ombudsman lacked the power to enforce decisions, it acted as a monitor of human rights violations. The Office of the Ombudsman was underfunded and understaffed.**» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2018 - Albania, 13. März 2019: [www.ecoi.net/de/dokument/2004268.html](http://www.ecoi.net/de/dokument/2004268.html).*

USDOS, 20. April 2018:

***«Persons who were political prisoners under the former communist regime continued to petition the government for compensation. On several occasions groups of former political prisoners protested the government's failure to pay them legally mandated compensation. The government made some progress on disbursing compensation during the year. By June the government had paid the eighth and final compensation installment to the former political prisoners who were still alive. The government also agreed to include 320 former political prisoners who had not submitted their papers in time to benefit from the compensation.»*** Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Albania, 20. April 2018: [www.ecoi.net/de/dokument/1430213.html](http://www.ecoi.net/de/dokument/1430213.html).

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zu Albanien und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter [www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslander](http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslander).

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter [www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter](http://www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter).